

Heiratsstrafe soll weg, aber wie?

Familienpolitik Die CVP-Initiative befeuert die Diskussion um verschiedene Rollenmodelle

VON DORIS KLECK

Selten sind sich die Parteien so einig: Die Heiratsstrafe muss weg. 1984 hat das Bundesgericht in einem Urteil festgestellt, dass verheiratete Paare gegenüber Konkubinatspaaren steuerlich nicht benachteiligt werden dürfen. Die Kantone haben ihre Gesetzgebung entsprechend angepasst. Einige gar so, dass verheiratete Paare privilegiert werden. Schwerer tut sich der Bund: Noch heute werden 80 000 Ehepaare diskriminiert. Sie zahlen wegen der Steuerprogression mehr an direkten Bundessteuern als Konkubinatspaare mit dem gleichen Einkommen. Betroffen sind insbesondere Doppelverdiener mit Kindern ab einem Nettoeinkommen von 120 000 Franken.

Parlament und Bundesrat haben verschiedene Anläufe unternommen, um die Heiratsstrafe abzuschaffen. Alle sind gescheitert, weil die Vorstellungen der Parteien weit auseinanderliegen. Sie sind geprägt vom jeweiligen idealen Familienbild. Die CVP will das Problem deshalb mit einer Volksinitiative lösen. Heute debattiert der Nationalrat das Begehren, welches die Abschaffung der Heiratsstrafe fordert. Doch die Initiative hat viele Gegner. FDP, GLP, SP und Grüne haben einen Gegenvorschlag gezeichnet. Nicht, weil sie für die Heiratsstrafe wären, sondern weil die Initiative in ihren Augen zwei Haken hat.

Kampf um Definition der Ehe

Erstens wollen die Initianten in der Bundesverfassung festschreiben, wie die Ehe definiert wird, nämlich als «die auf die Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Frau und Mann.» Diese Definition entspricht zwar dem heutigen Rechtsverständnis, doch das Verankern in der Verfassung stösst auf breite Kritik. Homosexuelle-Organisationen befürchten, dass damit der Status quo festgeschrieben und eine spätere Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare verunmöglicht wird.

In der Bundesverwaltung teilt man diese Skepsis. Das Bundesamt für Justiz (BJ) hielt in einer Stellungnahme fest, dass ein stiller Verfassungswandel bei Annahme der Initiative nicht mehr möglich sei. Will heissen, das Bundesgericht könnte in seiner Rechtsprechung nicht mehr auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren und die Auslegung des Ehebegriffs ändern. Das BJ hält es für verfehlt, diese gesellschaftspolitische



Noch heute werden in der Schweiz 80 000 Ehepaare diskriminiert. Die CVP will das mit einer Initiative nun ändern. KEYSTONE

Frage «en passant» zu entscheiden. Bei der CVP spricht man hingegen von einem Nebenschauplatz: «Wenn man die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare zulassen will, dann kann man die Verfassung ändern», sagt Präsident Christophe Darbellay. Die Abschaffung der Heirat- und Partnerschaftsstrafe steht im Vordergrund.

Zivilstandsneutral, oder nicht?

Zweitens stören sich die Gegner daran, dass die Initiative die individuelle Besteuerung der Ehepartner ausschliessen will. Denn sie schreibt fest, dass die Ehe «in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft» bildet. Für Nationalrat Andrea Caroni (FDP/AR) ist dies der falsche Weg: «Die einzig wirklich zivilstandsneutrale Form ist die Individualbesteuerung.» In diesem Fall werden beide Ehepartner einzeln besteuert, also gleich wie Konkubinatspaare.

Wenig Freude an dieser Besteuerungsform hat nicht nur die CVP. SVP-Nationalrat Thomas Aeschi lehnt sie ab, «weil Paare mit einer klassischen Rollenverteilung benachteiligt werden.» Eine Familie mit einem Einkommen von 100 000 Franken müsste dem Fiskus mehr abliefern als eine Familie mit zwei Einkommen von je 50 000 Franken. Das Problem liesse sich zwar mit einem Einverdienerabzug schmälern. Aeschi glaubt allerdings nicht, dass das Parlament einen hohen Einverdienerabzug festlegen würde: «Das Parlament hat kein Interesse, Familienmodelle mit einer klassischen Rollenteilung zu fördern.»

Im Nationalrat wird es knapp

Weil die Gegner das Ziel der Initianten - die Abschaffung der Heiratsstrafe - aber teilen, haben sie einen Gegenvorschlag formuliert. Dieser nimmt Abstand von der Ehedefinition und lässt

die Möglichkeit der Individualbesteuerung offen. Für Caroni ist klar, dass damit der Initiative der Winde aus den Segeln genommen wird.

Darbellay indes spricht von einer leeren Floskel, weil mit dem Gegenvorschlag kein Systemscheid gefällt wird. «Die Gegner der Initiative wollen das Problem nicht lösen», sagt Darbellay. Man wäre in zwei Jahren wieder gleich weit wie jetzt. Ähnlich beurteilt der Bundesrat die Situation. Er unterstützt das Volksbegehren, weil er sich bei einem Ja an der Urne höhere Chancen ausrechnet, einen «politischen Kompromiss» zur Abschaffung der Heiratsstrafe zu finden.

Ob sich heute im Nationalrat die Initiative oder der Gegenvorschlag durchsetzt, ist offen. SVP, CVP und BDP sind für das Volksbegehren. Doch sie kommen nur auf 97 Stimmen, brauchen also mindestens vier Abweichler aus den Reihen von FDP, GLP, SP und Grünen.

DE SCHEPPER

Die Weisheit des alten Boxers

Am Stammtisch des Restaurants Flügelrad sitzt ein Langenthaler. Er hat schon ziemlich viel. Durch die halbe Beiz ruft er: «Hei du, du besch du auch e Langenthaler. Könsch secher der Fritz, oder ned?» Der Angesprochene - auch aufgewachsen in Langenthal - versucht sich zu erinnern: «Nei, das sei mer gar nüt. Meinsch ächt dä vom Madiswil?» Doch der Mann aus Langenthal, sichtlich stolz, dass ihm endlich jemand zuhört, mit ihm redet und ihn nicht gleich als Alki abklemmt, kommt in Fahrt: «Nei nei, weisch dä vom Schpunte?» - «Ah jo klar kenn i dä. E guete Typ. Bi däm eschmer immer willkomme gsi», erinnert sich der Angesprochene jetzt.



von Werner de Schepper

Ich weiss nicht mehr, ob es der Fritz vom «Sternen» oder vom «Ochsen» war, über den die beiden in der Beiz da redeten, an den sich beide bei diesem kurzen, lautstarken Zwiegespräch so gern erinnern und der beiden - obwohl sie sich nicht kannten - etwas bedeutet hat. Aber ich weiss, dass der zuvor so laute Langenthaler zufrieden das Restaurant verlässt. Weil er weiss, dass er mit Pedro Lenz, so heisst der Angesprochene, eine gute gemeinsame Erinnerung teilt.

Pedro Lenz ist ein Schriftsteller. Wahnsinnig populär noch dazu. Warum? Weil er sich gern erinnert und mit allen redet. Weil Menschen ihn zuerst einmal neugierig machen. Lenz erzählt wunderbare Geschichten. Dafür lieben wir ihn. Aber er könnte keine einzige Geschichte erzählen, wenn er seine Protagonisten nur «googlen» würde. Er will sie sehen, befragen, schmecken und spüren. Er fragt, wer sie sind, woher sie kommen. Sucht nach Andersartigkeiten und Gemeinsamkeiten. Und erzählt es uns weiter.

Zum Beispiel die Geschichte von Pedro Lenz, der in Hamburg Jürgen Blin trifft, der in den Siebzigerjahren im Zürcher Hallenstadion einmal gegen Muhammad Ali geboxt hat. Lenz findet Blin in Hamburg hinter dem Bahnhof. Blin betreibt dort eine Würstchenbude. Blin, der als Bub von seinem Vater, einem Lohnmelker, oft im Suff verprügelt wurde, hat dort eine kleine Heimat für Gestrandete geschaffen. Pedro sieht: Viele können ihr Bier nicht bezahlen und lassen bei Jürgen Blin anschreiben. Der notiert alles in einem Schulheft. Da fragt Pedro den alten Boxer: «Wie behältst Du da den Überblick über alle, die bei Dir hier anschreiben lassen?» - «Das ist überhaupt kein Problem», sagt der Boxer, der in der siebten Runde in Zürich von Ali k. o. geschlagen wurde: «Wenn einer eine Seite voll hat, reiss ich die einfach raus. So wird alles wieder übersichtlich. Und beginnt das Leben wieder von vorn.»

Solche Geschichten erzählt Pedro Lenz. Weil er zuhören und fragen kann. Wer von uns Journalisten kann das noch? Einfach mal zuhören und fragen.

Werner De Schepper ist Kolumnist der «Nordwestschweiz»

@ werner.deschepper@azmedien.ch

Reformhektik stresst Lehrer am meisten

Berufszufriedenheit Über 15 000 Lehrkräfte beteiligen sich an einer Umfrage, sie erteilen ihrem Beruf die Note 4,3

VON HANS FAHLÄNDER

Zum 4. Mal nach 1990, 2001 und 2006 hat der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) die Zufriedenheit seiner Mitglieder mit ihrem Beruf durch ein Sozialforschungsunternehmen untersuchen lassen. Während sich 2006 noch 4200 Personen an der Umfrage beteiligten, kamen diesmal 15 150 Online-Fragebogen zurück, der Löwenanteil von Lehrerinnen und Lehrern, aber auch von Schulleitern, Heilpädagoginnen und Therapeuten. Betrug der durchschnittliche Zufriedenheitswert 2006 noch 4,1, steigerte er sich diesmal auf 4,3. 82 Prozent der Befragten würden den Beruf wiederum wählen. 2006 waren es noch gut 70 Prozent.

Entscheidend für Lernerfolg

Die Teilnehmer mussten auf einer Skala von 1 bis 6 68 Aspekte des Lehrberufs beurteilen. «Sie kennen diese Note aus der Schule: genügend, aber nicht wirklich gut», sagte LCH-Präsident Beat W. Zemp an einer Medienkonferenz in Zürich - und betonte, die Zufriedenheitsnote habe nicht nur Auswirkungen auf den Berufsstand: Zahlreiche Studien belegen, dass die Motivation der Lehrkraft ein entscheidender

SO ZUFRIEDEN SIND LEHRERINNEN UND LEHRER MIT IHRER ARBEIT



QUELLE: LCH

1 = sehr unzufrieden 6 = sehr zufrieden

GRAFIK: NCH/BAR

der Faktor sei für den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen.

Besonders zufrieden sind die Lehrpersonen mit der Möglichkeit, Teilzeit arbeiten zu können - wobei die hohe Zahl von Teilzeitern auch zeige, dass ein Vollpensum auf Dauer die meisten überfordert. Auch das Kerngeschäft, der Unterricht, sowie der Umgang im Kollegium und mit den Eltern fördern die Zufriedenheit. Eine Mehrheit der

Befragten ist auch mit der Unterstützung durch die Schulleitung zufrieden.

Auf den letzten Plätzen rangieren die fehlende Balance zwischen Arbeit und Erholung, das geringe Ansehen des Berufs in der Öffentlichkeit, die Lohnentwicklung und die Schulreformen.

Unzufrieden mit der Politik

«Schulreformen werden nicht nur von bösen Bildungsbürokraten ausge-

hekt, oft wird der Bedarf durch die Schulen selber angemeldet», betonte Zemp. «Lehrpersonen sind nicht generell reformfeindlich. Aber sie leiden unter schlechten Umsetzungs-Bedingungen.» Höchste Unzufriedenheitsraten erzielten denn auch Punkte wie Steuerung der Reformen durch die Kantone, fehlende zeitliche und finanzielle Ressourcen, wenig seriöse Einführung von Neuerungen. Als Beispiel einer guten, aber nicht gut umgesetzten Reform nannte Zemp die schulische Integration, die Aufnahme möglichst aller Kinder in die Regelklasse.

Entlastung für Klassenlehrer

LCH-Geschäftsführerin Franziska Peterhans leitete aus der Umfrage konkrete Forderungen an die Politik ab:

■ Das Pflichtpensum von Klassenlehrern muss um zwei Lektionen reduziert werden, damit sie genügend Zeit für ihre vielen Zusatzaufgaben haben.

■ Reformen und neue Aufgaben dürfen den Lehrpersonen nur aufgebürdet werden, wenn genug Mittel für die Umsetzung bereitstehen. Das gilt insbesondere auch für den Lehrplan 21.

■ Löhne, Verlässlichkeit der Anstellung, Laufbahnmöglichkeiten und Altersvorsorge müssen besser werden.

Korrigendum

Vorschlag wird erst intern diskutiert

Im Artikel «Die Leiden des jungen Postdoktoranden» stand, dass die Mittelbauvereinigung der Uni Bern (MVUB) anstrebt, dass den Professoren Stellenprozente entzogen und in einem Pool zusammengeführt werden, um langfristige Stellen für Nachwuchsforscher zu schaffen. Die MVUB legt Wert darauf, dass der Vorschlag erst intern diskutiert wird. (NCH)